



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Herr Lothar Rommelfanger, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5687
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

11. April 2024

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 4. April 2024**

**TOP 12 „Bericht der Landesregierung über die 19. Integrationsministerkonfe-
renz (IntMK) vom 20./21. März 2024“, Antrag des MFFKI,**

Vorlage 18/5569

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Ver-
braucherschutz wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 12 mit der Maßgabe der schriftli-
chen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Am 20. und 21. März wurde die Integrationsministerkonferenz unter dem Vorsitz
Mecklenburg-Vorpommerns in Rostock ausgerichtet. Die Konferenz hat in überwie-
gend großem Einvernehmen wichtige Beschlüsse zum Thema Integration gefasst.

Hierzu möchte ich zunächst auf einige Initiativen eingehen, die Rheinland-Pfalz be-
sonders unterstützt hat und an denen wir maßgeblich beteiligt waren. Zu erwähnen ist
insbesondere ein bei der Konferenz einstimmig angenommener Antrag zur Verbesse-
rung der Sprachbildungsangebote des Bundes. Darin wurde der Bund aufgefordert,

die Integrationskurse, Berufssprachkurse und Erstorientierungskurse nachhaltig bedarfsgerecht und finanziell auskömmlich auszustatten. Sprachbildung ist eine zentrale Voraussetzung für die gelingende Integration in Gesellschaft und Beruf. Hier muss der Bund – aus Sicht der IntMK – Verantwortung übernehmen und seine Angebote bedarfsgerecht ausbauen und ausgestalten. Darüber hinaus ist eine Flexibilität bei der Organisation der Kurse notwendig, um die unterschiedlichen Lebenssituationen der Teilnehmenden berücksichtigen zu können. In Frage kommen dabei z. B. ein verstärkter Einsatz von Online-Kursen sowie die Möglichkeit, Kurse berufsbegleitend oder in Teilzeit absolvieren zu können. Ebenso wichtig ist es, die Erstorientierungskurse als Regelangebot gesetzlich zu verankern. Die Erstorientierungskurse stellen eine sinnvolle Ergänzung des Integrationskursangebotes dar. Gerade für Menschen, die erst kurze Zeit in Deutschland leben, erleichtern sie die Orientierung und den Aufbau sozialer Kontakte. Aus Sicht der IntMK ist eine dauerhafte Absicherung der Erstorientierungskurse daher essenziell.

Ein weiterer Antrag, an dem Rheinland-Pfalz maßgeblich mitgewirkt hatte, betraf die auskömmliche Ausstattung der Migrationsberatung und der Jugendmigrationsdienste. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Konferenz war es wichtig, die hohe gesellschaftliche Relevanz und grundlegende Bedeutung bedarfsgerechter kompetenter Migrationsberatung für den individuellen Integrationsprozess zu bekräftigen. Daher sei es von besondere Relevanz gute Rahmenbedingungen für die Beratungsfachkräfte und die Trägerorganisationen in diesem Themenfeld zu schaffen. Sowohl die Sprachförderung als auch die Migrationsberatung des Bundes sind grundlegende Bausteine der Integrationsförderung in Deutschland. Der Bund hatte bereits im MPK-Beschluss vom 10. Mai 2023 zugesagt, seine Angebote der Migrationsberatung quantitativ und qualitativ bedarfsgerecht auszubauen. Mit diesen Beschlüssen haben wir den Bund an seine besondere Verantwortung in diesem Themenfeld erinnert. Gleichwohl werden wir an der Förderung unserer landeseigenen Angebote im Bereich der Sprachbildung und Migrationsberatung festhalten und so unsererseits zur Verstärkung der Integrationsinfrastruktur im Land beitragen.

Im Rahmen des Leitetrags „Miteinander wachsen“ hat sich die Konferenz im Übrigen dazu bekannt, schutzsuchenden Menschen weiterhin die notwendige Unterstützung und bestmögliche Integration in die Gesellschaft zu bieten. Die Konferenz verdeutlichte, dass Zuwanderung bei allen Herausforderungen auch als Bereicherung und Chance für unsere Gesellschaft wahrgenommen werden sollte. Denn eine gute Integration sei entscheidend für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Perspektiven des Landes. Die IntMK setzte mit dem Leitetrang auch ein deutliches Signal gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Sie positionierte sich damit klar gegen jegliche Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Abwertung, Hass, Rassismus und Gewalt.

Die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlings- und Integrationspolitik erfordern mehr denn je ein entschiedenes und geeintes Zusammenwirken und Handeln aller staatlichen Ebenen. So ist auch von dieser Konferenz ein Signal zur weiteren Kooperation zwischen Bund, Länder und Kommunen ausgesendet worden.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen



In Vertretung
Janosch Littig
Staatsekretär